

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1949

40 (5.4.1949)

UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

4. Jahrgang Nr. 40 20 Pfg.

ORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Dienstag, 5. April 1949

Im Namen aller Völker

Sowjetisches Memorandum entlarvt die kriegstrelberischen Ziele des Atlantikpaktes

Paris. Sämtliche Kommentatoren der Pariser Zeitungen behandeln die Veröffentlichung des sowjetischen Memorandums zum Atlantikpakt. Die „Humanité“ meldet in Schlagzeile: „Die sowjetische Regierung entlarvt das amerikanische Diktat als Angriffs- und Kriegsinstrument.“ Pierre Courtade bezeichnet das Memorandum als unwiderlegbare Anklage. „Ein weiteres Mal“, so schreibt er, „hat die Sowjetunion im Namen aller Völker gesprochen. Ein weiteres Mal hat sie der Opposition von Millionen einfacher Leute gegenüber der Kriegspolitik mit der Autorität Ausdruck verliehen, die aus ihrer riesigen, friedlichen Kraft entströmt.“

Moskau. Den Text des Memorandums zum Atlantikpakt ließ die sowjetische Regierung durch ihre diplomatischen Vertreter den Regierungen der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Großbritanniens, Belgiens, der Niederlande, Luxemburgs und Kanadas überreichen. Die Haltlosigkeit der antisowjetischen Motive des Atlantikpaktes ist nicht zu übersehen, heißt es darin: Die ganze Welt weiß, daß die Sowjetunion keinerlei Absicht hat, irgend jemandem anzugreifen und daß sie niemanden bedroht, weder die Vereinigten Staaten, noch Großbritannien, noch Frankreich, noch die anderen Signatarstaaten des Paktes. Die Sowjetregierung kommt aufgrund der Tatsachen zu folgendem Schluß:

1. Der Nordatlantikpakt hat nichts zu tun mit den Selbstverteidigungszielen der Mitgliedstaaten des Paktes, denn diese sind von niemandem bedroht und niemand hat die Absicht, sie anzugreifen. Ganz im Gegenteil trägt der Pakt rein aggressiven Charakter und ist gegen die Sowjetunion gerichtet, woraus offizielle Persönlichkeiten der Mitgliedstaaten des Paktes in ihren öffentlichen Erklärungen keinen Hehl machten.

2. Der Nordatlantikpakt trägt nicht zur Konsolidierung des Friedens und der internationalen Sicherheit bei, zu der alle Mitgliederstaaten der UN verpflichtet sind, er steht sogar im direkten Widerspruch zu der Zielsetzung und den Prinzipien der UN-Charta. Er

untergräbt die Grundlagen der Organisation der Vereinten Nationen.

3. Der Nordatlantikpakt steht im Widerspruch zu dem zwischen der UdSSR und Großbritannien im Jahre 1942 abgeschlossenen Vertrag, worin sich die beiden Staaten verpflichtet haben, bei der Aufrechterhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit zusammenzuarbeiten und kein Bündnis einzugehen oder an keiner Koalition teilzunehmen, die sich gegen den anderen Vertragspartner richten.

4. Der Nordatlantikpakt steht, wie unter Punkt 3, im Widerspruch zu dem im Jahre 1942 zwischen Frankreich und der UdSSR abgeschlossenen Vertrag.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Sie lesen heute:

- Kampf um die nationale Unabhängigkeit S. 2
- Hilferufe aus den bedrohten Westgebieten S. 2
- Austausch deutscher und französischer Weine S. 3
- Für das Jugendarbeitsschutzgesetz S. 4

Der Sport vom Sonntag

- Kick. Stuttgart — Offenbacher Kick. 1:0
- 1. FC Nürnberg — VfB Stuttgart 3:2
- Kaiserslautern — Weisenau 16:1
- Mainz 05 — TUS Neundorf 3:1
- Eintracht Singen — SC Baden-Baden 2:3

„Neues Leben“ verboten

Lambrecht. Die französische Militärregierung hat am 1. 4. die Volkszeitung „Neues Leben“ in Rheinland-Pfalz auf 14 Tage verboten. Zur Begründung des Verbotes wird ein Artikel angeführt, „Es waren ja doch nur Russen“, der als beleidigend für die amerikanische Militärregierung betrachtet wird.

Verboten!

Aschaffenburg. Die amerikanische Militärregierung für Bayern hat ohne Angabe von Gründen eine Tagung des Nauheimer Kreises verboten. Auf der Tagung sollte über die Programm-Leitsätze beschlossen werden.

Unternehmer sabotieren Betriebsräte wahlen

Wahlordnung hat angeblich noch keine „Rechtskraft“

Offenburg. Wie wir kurz vor Redaktionsschluss noch in Erfahrung bringen konnten, versuchen reaktionäre Unternehmerkreise die Durchführung der Betriebsräte wahlen zu verhindern. Solche Beispiele sind uns besonders aus dem Gebiet Rheinfelden bekannt geworden.

So untersagte man in den Aluminiumwerken Rheinfelden eine Betriebsversammlung, die sich mit der Durchführung der Betriebsräte wahlen befassen sollte. Es ist nicht zufällig, daß dies gerade in solchen Betrieben geschieht, die vornehmlich von ausländischem Kapital beherrscht werden. Es sind dieselben Kreise, die sich vor kurzem stark genug glaubten, sich den Lohnforderungen der Arbeiter widersetzen zu können. Es war seinerzeit der Vertreter des Lonzkonzerns, ein Schweizer, der sich als Wortführer bei den Lohnverhandlungen hervortat.

Die Unternehmer glauben heute ihre Haltung damit begründen zu können, daß die Wahlordnung noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht sei und damit keine „Rechtskraft“

habe. Wenn die Regierung Wohlbe den Verdacht, mit diesen Unternehmerkreisen unter einer Decke zu stecken, entkräften will, liegt es an ihr, unmittelbar klar zum Ausdruck zu bringen, daß die Wahlordnung zur Durchführung der Betriebsräte wahlen verabschiedet und in Kraft ist. Im übrigen sind wir der Auffassung, daß dieses durchsichtige Ränkespiel nur noch stärker die Bedeutung der bevorstehenden Betriebsräte wahlen herausstellt.

Die Werktätigen müssen und werden durch ihre entschlossene Haltung den ausländischen und deutschen Fabrikherren die gebührende Antwort geben, indem sie auf der sofortigen Durchführung der Betriebsräte wahlen bestehen und die besten Gewerkschaftler zu ihren Vertretern in den Betrieben wählen.

Wachsende Empörung über Sondersteuer Berlin

Badischer Gewerkschaftsbund zur Stellungnahme aufgefordert

Waldkirch. Der Betriebsrat der Blessing-Werke richtete an den Bundesvorstand des Bad. Gewerkschaftsbundes ein Protestschreiben, in dem es heißt:

„Mit Empörung und Entrüstung nehmen wir davon Kenntnis, daß auch in Südbaden die Sondersteuer für Berlin eingeführt werden soll. Gegen diese Maßnahme erheben wir im Namen unserer Arbeitskameraden schärfsten Protest und verlangen vom Badischen Gewerkschaftsbund über diese Frage eine Stellungnahme. Es dürfte auch dem Badischen Gewerkschaftsbund bekannt sein, daß nun die schaffenden Menschen in den Betrieben endlich genug Steuer zu bezahlen haben. Wir fordern daher, daß der Gewerkschaftsbund bei der Regierung vorstellig wird, um diese Maßnahme unverzüglich zu unterbinden. In dieser Frage der Sondersteuer Berlin ist uns von einer Stellungnahme des Badischen Gewerkschaftsbundes noch nichts bekannt und wir fordern daher, daß in aller Öffentlichkeit dies alsbald erfolgen muß.“ Der Brief bringt zum Ausdruck, daß

oder Absatzwierigkeiten auf die Straße fliegen? Das verdanken wir dem Marshallplan, dem bedauerlicherweise auch zahlreiche unserer Gewerkschaftsführer zugestimmt haben. Dasselbe gilt auch dem Ruhr- und Besatzungsstatut, welches wir als Werkstätte mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Es ist höchste Zeit, daß die Gewerkschaften in diesen Fragen eine klare Haltung einnehmen und ihre Mitglieder dazu auffordern, gegen das Ruhr- und Besatzungsstatut, welches uns zu einem Kolonialstaat imperialistischer Kräfte macht, Stellung zu nehmen.“

Marshallplan und Besatzungsstatut von der Arbeiterschaft abgelehnt

werden. Die Arbeiter könnten dem Beschluß des Gewerkschaftsbundes, dem Marshallplan trotz des Widerstandes fortschrittlicher Gewerkschaftsfunktionäre zuzustimmen, keinerlei Verständnis entgegen bringen. „Wer trägt nun dafür die Verantwortung, daß bereits heute zahlreiche Betriebe bankrott gehen und zahlreiche Arbeiter infolge Auftragsmangel

„Nur im Frieden kann unser Volk leben“

Partei Vorstand der KPD zum Weltfriedenskongreß in Paris

Frankfurt. Zu dem am 20. April in Paris stattfindenden Weltfriedenskongreß weist der Partei Vorstand der KPD darauf hin, daß bereits viele Geistesschaffende und andere im öffentlichen Leben wirkende Persönlichkeiten in den Westzonen ihre Unterstützung für diesen Kongreß und die Weltfriedensbewegung zugesagt haben. Die KPD fordert die gesamte Bevölkerung der Westzonen zur Unterstützung der Weltfriedensbewegung auf.

In dem Aufruf wird darauf hingewiesen, daß es angesichts der Katastrophe, in die der Hitzlerische Raubkrieg unser Volk geführt hat, kein kostbareres Gut gibt, für das es sich zu kämpfen lohnt, als den Frieden. Die westlichen Besatzungsmächte hätten unter Mißachtung aller Grundsätze des Völkerrechts und ohne das deutsche Volk befragt zu haben, die Westzonen in den Atlantikpakt einbezo-

gen. Wieder sollten unsere Industrien für Kriegszwecke, für die Rüstungen westeuropäischer Länder eingesetzt werden.

Ein dritter Weltkrieg würde auf deutschem Boden ausgetragen

und unser Volk für immer vernichtet. Daher sei der Kampf für den Frieden ein Kampf um das Leben eines jeden Deutschen. Ueber alle Unterschiede der Konfessionen und der Weltanschauungen hinweg gelte es, eine mächtige Bewegung des gesamten Volkes zur Erhaltung des Friedens zu schaffen. „Nur im Frieden kann unser Volk leben und sich eine menschenwürdige Zukunft bauen.“

Die Pläne der Kriegstrelber sollen zerschellen

Der Partei Vorstand der KPD richtet an alle, die den Frieden lieben, den eindringlichen Appell, überall, an jedem Arbeitsplatz, in den Gewerkschaften, an den Universitäten und Schulen, in allen Städten und Gemeinden, unter den Frauen und unter der Jugend, die

Bewegung für den Weltfrieden mit allen Kräften zu unterstützen. Er schlägt vor, in Versammlungen und Beratungen zum Weltfriedenskongreß Stellung zu nehmen, Delegierte nach Paris zu wählen und zu entsenden und Begrüßungsadressen an ihn zu richten.

Die großen Vorkämpfer unseres Volkes für den Frieden, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, Erich Mühsam und Karl v. Ossietzky, Klara Zetkin und Rudolf Breitscheid, verpflichten alle, die den Krieg verabscheuen, im Kampf um den Frieden kein Opfer zu unterlassen. Möge die Friedensbewegung auch in Deutschland so mächtig werden, daß alle Pläne der Kriegstrelber an ihr zerschellen.

Die Adresse des Initiativ-Komitees für den Weltfrieden lautet: Groupe d'Initiative Du Congres Mondial, Des Partisans de la Paix, 2, rue de l'Elysée — Paris (7).

Schon 150 Millionen

Paris. Die Kommentare der Pariser Presse zur Rede Churchills sind kurz. Die „Humanité“ spricht von einem „wütenden Aufruf zum Krieg gegen die Sowjets“. Im gleichen Blatt stellt Pierre Courtade den „Washingtoner Verschwörern“ die 150 Millionen Männer und Frauen gegenüber, die sich bis heute zum Weltkongreß der Friedensfreunde bekannt haben und schreibt: „Es ist nicht wahr, daß die Kriegstrelber diese Bewegung einfach unterbinden können, diese Einstimmigkeit und diese andauernden Aktionen. Jeder, der einen anderen zum Kampf ruft, leistet eine entscheidende Tat: Er entzieht der Kriegspartei ein Opfer oder einen resignierten Komplizen.“

Beteiligung am Friedenskongreß

Budapest. Das Nationalkomitee der ungarischen Intellektuellen hat in einem Schreiben den katholischen Klerus aufgefordert, sich mit allen Kräften für die Ziele des Friedenskongresses einzusetzen, der demnächst in Paris stattfinden soll. Die ungarische Delegation, die sich zu diesem Zweck nach Paris begeben wird, wird aus vierzig Mitgliedern bestehen.

Freie Bahn für ausländisches Kapital

Frankfurt. Die Generäle Clay und Robertson haben ihre Regierungen ersucht, das Verbot ausländischer Kapitalinvestierung aufzuheben.

Chinas Volksarmee im Vormarsch

Allgemeine Offensive am Jangtse — Verstärkter Terror der Kuomintang

Nanking. Das Verteidigungsministerium der Kuomintang-Regierung gab bekannt, daß kommunistische Truppen eine allgemeine Offensive gegen die Brückenköpfe der Regierungstruppen auf dem Nordufer des Yangtse begonnen und Anlu, 90 km nordwestlich Hankau, besetzt haben.

Zur Zeit haben sich die kommunistischen Streitkräfte bis auf etwa 50 km der Stadt Sinjang von Norden her genähert. Die Streitkräfte der Kuomintang ziehen sich kampflös zurück. In Sinjang herrscht Panikstimmung und die nach Hankau abgehenden Eisenbahnzüge sind bis zu den Dächern mit Flüchtlingen voll besetzt.

In der Provinz Anhwei wird die Stadt Anking augenblicklich von drei neuen kommunistischen Armeen angegriffen. Weiter nördlich marschieren kommunistische Streitkräfte in Stärke von mehreren 10 000 Mann in westlicher Richtung auf ein bisher unbekanntes Ziel. Der Kuomintang-Sprecher gab zu, daß der Kommandeur der 97. Division, General Wang Yen Tsching, mit Offizieren und Soldaten zu den Kommunisten auf das Nordufer des Yangtse übergegangen ist.

Gewaltmaßnahmen gegen Studenten

Aus Protest gegen polizeiliche Gewaltmaßnahmen, die unter den Studenten mehrere Todesopfer und etwa hundert Verletzte forderten, beschlossen die Studierenden der Nanking Hochschulen, für unbegrenzte Zeit in den Streik zu treten. Die Studenten verlangen Bestrafung der verantwortlichen Offiziere und Soldaten, die sofortige Freilassung ihrer verhafteten Kameraden, Zahlung einer Entschä-

digung an die Familien der verwundeten und getöteten Studenten und eine amtliche Garantie des Garnisonchefs von Nanking, daß sich derartige Gewaltmaßnahmen gegen die Studenten nicht wiederholen werden.

Kurz berichtet

Schwarzhandelsgut im Wert von zwei Millionen DM soll ein jetzt verhafteter Lüneburger Kaufmann seit November 1948 umgesetzt haben.

Eine landwirtschaftliche Betriebszählung findet in den nächsten Monaten in den drei Westzonen statt. Es sollen die Besitzverhältnisse, die Zahl der Beschäftigten, der Vieh- und der Maschinenbestand, sowie der Bodenertrag ermittelt werden.

Marmelade, Kunsthonig, Syrup und Rübensaft darf nach Anordnung der VEF vom 31. 3. bis zum 30. 4. 1949 frei verkauft werden.

Die Lohnverhandlungen im Transportgewerbe für Württemberg-Baden sind in Mannheim ergebnislos abgebrochen worden.

Das Sozialisierungsgesetz für Berlin, das vor zwei Jahren der alliierten Kommandantur vorgelegt wurde, wurde nun abgelehnt.

Sie wollen die Unterwerfung

Der Bonner Parlamentarische Rat steht vor der Entscheidung. Noch haben die Hauptakteure auf dieser jämmerlichsten Bühne, die der schwächliche deutsche Parlamentarismus hervorgebracht hat, eine Chance, wenigstens ihre Selbstachtung zu retten. Es deutet jedoch alles darauf hin, daß die Adenauer und Carlo Schmid auch diese letzte Chance in den Wind schlagen werden. Die Führer der CDU und SPD scheinen entschlossen, den Kelch bis zur Neige zu leeren und jenes am Aschermittwoch überreichte demütigende Memorandum der Militärgouverneure anzunehmen.

Adenauer hat die „goldenen Lügen“ parat, die dem deutschen Volke den Weg in die Knechtschaft schmackhaft machen sollen. Er schrieb am Donnerstag einen Aufsatz in „Die Welt“, worin er die CDU- und SPD-Führer zu bedingungsloser Kapitulation vor den Forderungen der Militärgouverneure aufforderte, und wo er diesen Aufruf zur Unterwerfung damit begründete, es müsse so schnell wie möglich eine Bundesregierung geschaffen werden damit Westdeutschland als „berechtigtes Mitglied“ in die Europäische Union und in den Atlantikpakt aufgenommen werden könne.

„Sobald wir eine Bundesregierung haben“, schreibt Adenauer, „wird diese, wenn Deutschland in die Europa-Union und in den Atlantikpakt aufgenommen ist, auf maßgebenden Gebieten gleichberechtigt neben alle anderen Staaten treten. Die Rückwirkungen dieser Position auf alle mit Besatzung zusammenhängenden Fragen, werden unausbleiblich sein.“ Adenauer hofft, die Geschichte zu überlisten. „Folgt mir freiwillig in das Joch des Besatzungsstatuts, in die Auflösung Deutschlands — und es winkt Euch die Gleichberechtigung des Atlantikpaktes.“ will er uns sagen. Welche Gleichberechtigung gibt es für ein Volk, das unter der Besatzung leben muß? Welche Gleichberechtigung gibt es unter dem Besatzungsstatut? Welche Gleichberechtigung gibt es für ein Volk, das sich nicht selbst regieren kann, und dem man das Recht auf seine nationale Einheit und Unabhängigkeit vorenthalten?

Die Voraussetzung jeder Gleichberechtigung ist die Selbstbestimmung. Nur ein geeintes, unabhängiges Deutschland, nur ein Deutschland, mit dem ein Friedensvertrag abgeschlossen ist und aus dem die Besatzungstruppen abgezogen sind, wird gleichberechtigt sein. Herr Dr. Adenauer will, daß wir diese Kleinigkeiten vergessen. Er will uns vergessen machen, daß sein und seiner Freunde „Ja“ die Preisgabe aller Güter bedeutet, die das deutsche Volk tatsächlich auf den Weg der Gleichberechtigung führen können.

Er will uns die Kleinigkeit vergessen machen, daß nicht das deutsche Volk in den Marshallplan, Europa-Union und Atlantikpakt eingetreten ist, sondern daß die drei Westzonen Deutschlands durch die Unterschriften alliierter Generale und Staatsmänner zu unbefragten Zwangsmittgliedern dieser Unternehmen gemacht wurden.

Adenauer und seine Freunde sprechen von „Gleichberechtigung“ in dem Augenblick, indem sie auf die unabdingbare Voraussetzung aller Gleichberechtigung, auf die Selbstbestimmung und die Unabhängigkeit verzichten. Sie werden kapitulieren. Aber die Kapitulation von Bonn wird nicht die Kapitulation des deutschen Volkes sein. Niemand wird das deutsche Volk auf die ihm in Potsdam vor der ganzen Welt zugesicherten Rechte auf Frieden und auf Selbstbestimmung verzichten.

Im Namen aller Völker

(Fortsetzung von Seite 1)

5. Der Nordatlantikpakt steht im Widerspruch zu allen zwischen der UdSSR, den USA und Großbritannien in Yalta und Potsdam getroffenen Abkommen, sowie zu den Besprechungen, die die Vertreter dieser Länder sowohl während als auch nach dem Krieg miteinander hatten und bei denen die Vereinigten Staaten und Großbritannien genau so wie die UdSSR sich verpflichtet haben, bei der Festigung des allgemeinen Friedens und der internationalen Sicherheit zusammenzuarbeiten und zur Stärkung der UN beizutragen.

Moskau. Das sowjetische Memorandum betont in erster Linie, daß der Atlantikpakt nichts mit Friedensbestrebungen zu tun hat. Die in einer Atmosphäre der Nervosität durch die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich getroffenen militärischen Vorbereitungen können in keiner Weise durch die Verteidigungsbedürfnisse dieser Länder gerechtfertigt werden. Das Gleiche gilt für die Erhöhung der Effektivitäten, die Ausarbeitung eines Plans für die Verwendung der Atombombe, die Schaffung eines Vorrats von Atombomben, die reine Angriffswaffen sind, sowie für die Errichtung von Luft- und Seestützpunkten, alles Maßnahmen, die niemals defensiven Charakter haben können. Es sind in keinem Falle Manifestationen im Sinne des Friedens seitens der Paktteilnehmer. Ganz im Gegenteil führt dies alles zusammen mit zahlreichen anderen militärischen Vorbereitungen zu einer allgemeinen Beunruhigung und zu der Entwicklung einer Kriegshysterie, an der zahlreiche Kriegshetzer interessiert sind, um einen neuen Konflikt herbeizuführen.

Chinesische Professoren gegen Atlantikpakt

Nanking. In einem von dreißig liberal eingestellten Professoren der Universität Nanking unterzeichneten Manifest heißt es wörtlich: „Wir widersetzen uns jeder Beteiligung Chinas an einem künftigen Pazifikpakt, der nach dem Muster des Atlantikpaktes zustande kommen könnte. Der Atlantikpakt, so heißt

Hilferufe aus den bedrohten Westgebieten

Düsseldorf. (UT) Eine fieberhafte Aufregung herrscht seit Bekanntgabe der holländischen und belgischen Gebietsansprüche bei der Grenzbevölkerung. Von allen Seiten werden die Verwaltungsstellen mit Anfragen und Hilferufen bestürmt. Arbeiter, Schüler, Rentner, Kriegsbeschädigte und Flüchtlinge möchten wissen, was mit ihnen nach Abtrennung ihrer Heimat geschieht. Bauern und Siedler warten voller Spannung, ob auch ihr Besitz nach der endgültigen Grenzziehung verloren geht oder

Im Seltkant bangen rund 700 Arbeiter, die in den Zechen des Kreises Geilenkirchen — Heinsberg und dem Oberbrucher Glanzstoffwerk beschäftigt sind, um ihre Arbeitsplätze. Schüler und Studenten des Seltkant wissen nicht, ob sie an den deutschen Schulen und Universitäten weiter studieren können.

300 Einwohner des Grenzkreises Monschau sind in der nahegelegenen Kreisstadt beschäftigt.

Wird Kehl international?

London. In gut unterrichteten Kreisen wird bestätigt, daß die USA im Verlauf der Besprechungen über das deutsche Besatzungsstatut eine gleichzeitige Internationalisierung der Häfen Straßburg und Kehl angeregt haben. Man erwartet davon, daß die ernsthaften Schwierigkeiten in der Kehler Frage noch mehr zugespitzt werden.

Drei getrennte Berichte

London. Nach einer Meldung aus zuständiger britischer Quelle sollen Botschafter Masigill, Douglas und Sir Kirkpatrick auf ihrer Besprechung am Freitagnachmittag beschlossen haben, den Außenministern ihrer Länder getrennte Berichte über das Besatzungsstatut für Deutschland vorzulegen.

Kampf um die nationale Unabhängigkeit

von Walter Fisch, stellvertretender Vorsitzender der KPD

Die ganze Situation unseres Volkes ist in allen entscheidenden Fragen gekennzeichnet durch die Herrschaft des Kolonialregimes, das vorläufig seinen Ausdruck findet im Ruhr- und Besatzungsstatut. Somit wird auch die Politik unserer Partei diesem entscheidenden Tatbestand Rechnung tragen müssen. Das ist es, was die Solinger Konferenz in den Mittelpunkt der gesamten Tätigkeit unserer Partei zu stellen beabsichtigt: Der Kampf um die Interessen unseres Volkes ist der Kampf um die Unabhängigkeit und die nationale Einheit Deutschlands. Solange wir unter einem Kolonialregime leben, gibt es keine den Bedürfnissen unseres Volkes entsprechende Lösung auf irgend einem Gebiet seines wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Lebens.

Das Kolonialregime ist in der Tat der entscheidende Tatbestand, dem alle Bedingungen unserer nationalen Existenz und die Perspektive für die Entwicklung unseres Volkes in nächster Zeit unterstellt sind.

Wenn es darum Ernst ist um die Schaffung einer demokratischen Ordnung, um das Glück und den Wohlstand unseres Volkes und den Frieden, der muß alle seine Kräfte konzentrieren auf die Gewinnung der Unabhängigkeit und nationalen Selbstbestimmung unseres Volkes und damit auf die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands, den Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen. Das ist die entscheidende Feststellung, die die Konferenz von Solingen getroffen hat.

Und damit ist auch die Aufgabenstellung für unsere Partei klar umrissen.

Alles, was die Partei unternehmen wird

unternehmen muß, um die Rechte und Freiheiten unseres Volkes zu verteidigen, alles, was sie unternimmt, um für die Verbesserung der Lebensbedingungen aller werktätigen Schichten einzutreten, mündet letzten Endes ein in dem Kampf um die nationale Unabhängigkeit und Einheit Deutschlands. Die Partei darf sich allerdings nicht beschränken auf leere Deklarationen, auf agitatorische Verkündung des großen strategischen Zieles, sie muß in den ersten Reihen aller Bewegungen in unserem Volke stehen, die um die Verbesserung der sozialen Existenz der einzelnen Volksschichten und damit eben um die Unabhängigkeit, um die Wiedergewinnung der vollen Souveränität des deutschen Volkes kämpfen.

Dabei vergißt die Partei keinen Augenblick, daß die Führung in diesem nationalen Kampf in den Händen der Arbeiterklasse liegen muß, ja, daß es keinen Sieg in der nationalen Lebensfrage unseres Volkes geben kann, wenn die Arbeiterklasse sich in ihm nicht die Führung sichert. Das Bürgertum hat bewiesen, daß es wohl fähig ist zur Organisation nationalistischer Exzesse, aber niemals fähig war und fähig sein wird zur Wahrung der echten nationalen Interessen des Volkes.

Die Partei muß sich ihrer Rolle als Vorhut der Arbeiterklasse bewußt sein.

Das bedeutet, daß die Partei überall dort, wo die Arbeiterschaft um die Erhöhung ihrer Löhne, um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, um ihren Arbeitsplatz und um ihre Sicherung im Alter, bei Invalidität und Krankheit kämpft, sich in den ersten Reihen der Kämpfenden befinden muß und dabei alles unternimmt, um im Verlauf dieser Kämpfe das Klassenbewußtsein und das Selbstvertrauen der Arbeiterklasse zu stärken. Die Partei muß erkennen, daß es keine andere Rettung vor dem Absinken in die Katastrophe der Verelendung geben kann, als die Schaffung einer solchen Führung der Arbeiterklasse, die fähig ist, an Tausenden Orten, in Tausenden von Betrieben den Kampf gegen die Auswirkungen einer doppelten Ausbeutung zu organisieren und seinen Erfolg zu sichern.

Die Partei muß aber auch erkennen, daß sie die Avantgarde der Arbeiterklasse, allein den Sieg im Kampf um die nationale Unabhängigkeit nicht erringen kann. Sie muß erkennen,

Pressestimmen

Nicht nur provisorisch, sondern auch künstlich Das Grundgesetz ist nicht nur provisorisch, sondern auch in vieler Hinsicht künstlich. Es ist nicht die freie Wahl des deutschen Volkes, sondern der eigenmächtige Versuch durch die Westmächte, Deutschland dahin zu führen, wohin es gehen soll.

Times, 25. März 1949

Demokratie des Westens — nur eine Farce Als auf Grund der Londoner Empfehlungen den Deutschen im Westen vorgeschlagen wurde, einen Staat zu gründen, der die drei westlichen Besatzungszonen einschließt, verstand es sich von selbst, daß dieser auf einer demokratischen Grundlage beruhen sollte. Wenn die Verfassung dieses Staates vollständig der alliierten Vorlage entsprechen soll, so wäre es viel einfacher gewesen, sie sofort zu diktieren. Was nützt es in diesem Fall, von Demokratie zu sprechen.

Le Monde, Paris, 31. 3. 1949

Gaullisten heilsten die Gewinne ein Selbst die klaffenden Gegensätze zwischen Sozialisten und Gaullisten sind vorübergehend in den Hintergrund getreten. Bei der Verteilung der Mandate haben in erster Linie die Gaullisten die durch die Verdrängung der Kommunisten erzielten Gewinne eingeheimst.

Neue Züricher Zeitung, 29. 3. 1949

Weitere Heimkehrer

Frankfurt a. d. O. Ein weiterer Heimkehrerzug mit 2792 ehemaligen Kriegsgefangenen traf in Gronenfelde ein. Die Heimkehrer wurden sofort in ihre Heimat entlassen. Am Freitag war bereits ein Transport mit 1000 Heimkehrern eingetroffen.

Der Deutschlandsender veröffentlicht bei Anknüpfung von Kriegsgefangenentransporten in Gronenfelde Grüße und Adressen von Heimkehrern in Westdeutschland, und zwar in seiner westdeutschen Frühsendung von 5—7 Uhr.

Sowjetunion löst Versprechen ein

Berlin. Von den 540 Lastkraftwagen, die die Sowjetunion der Ostzone zur Durchführung des Zweijahresplanes in der Landwirtschaft und zur Meisterung der rechtzeitigen Frühjahrsbestellung versprochen hat, sind seit dem 28. März bereits 379 Lastwagen eingetroffen.

In Frankfurt a. d. O. traf der achte Transport mit 17 Lastwagen ein, die im Stahlwerk Moskau hergestellt wurden.

300 weitere westberliner Betriebe mußten seit Anfang März stillgelegt werden.

Über 13 000 Tonnen Lebensmittel und Rohstoffe für die Ostzone werden gegenwärtig im Rostocker Hafen gelöscht.

Die Aktion geht weiter

Für den Verteidigungsfond Max Reimann lieferte der Genosse Häuser aus Durmersheim 141 DM als vorläufiges Ergebnis ab. Wir danken dem Genossen für seinen tatkräftigen Einsatz und fordern die übrigen Genossen zur Nachahmung auf.

daß der Erfolg der fortschrittlichen Kräfte auch davon abhängig ist, ob es gelingt, ein enges Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und allen Schichten unseres Volkes, die das Kolonialregime in die Verelendung gestoßen hat, herzustellen.

Wenn es wahr ist, daß mit Ausnahme der kleinen Schicht von nationalen Verrätern, die schon immer ihre Profitinteressen über die Interessen der Nation gestellt haben und die sich heute zur Rolle einer Agentur des ausländischen Imperialismus hergeben, in der Hoffnung, letzten Endes wieder zu einer selbständigen imperialistischen Politik gelangen zu können, wenn es wahr ist, daß mit Ausnahme dieser kleinen Gruppe von Leuten, die unter dem Kolonialregime die Interessen unseres Volkes an die ausländischen Kapitalherren verkaufen, alle Schichten unseres Volkes an der Wiedergewinnung unserer nationalen Unabhängigkeit interessiert sind, dann steht die Partei vor der großen Aufgabe, aus allen diesen Gruppen unseres Volkes unter Führung der Arbeiterklasse eine mächtige nationale Einheitsfront zustande zu bringen. Das heißt also:

Die Partei stellt sich zur Aufgabe, die Lebensinteressen der gesamten Bauernschaft, des Mittelstandes, ja auch der kleinen Industrie, die von den rücksichtslosen Maßnahmen der großen Monopole an die Wand gedrückt wird, die Interessen der Intelligenz, für deren Entfaltung und Betätigung die Kolonialherren keinen Platz lassen, die Interessen der jungen Generation, die das Kolonialsystem zur Berufslosigkeit und zur Hoffnungslosigkeit verurteilt, die Interessen der zu Armut u. Siechtum verurteilten Millionenschar von Rentnern, die Interessen der Millionen von Flüchtlingen, denen das System den Eintritt in ein geordnetes normales Leben verweigert, die Interessen aller dieser Schichten, mit ihrer ganzen Kraft zu vertreten.

Dies wird der Partei nur dann gelingen, wenn sie nicht bei einer allgemeinen Agitation gegen den Marshallplan, gegen Ruhr- und Besatzungsstatut usw. stehen bleibt. Es wird ihr nur dann gelingen, wenn sie die wirklichen Ursachen und Hintergründe der wachsenden Verelendung der Massen der Bevölkerung anhand der Lage in jedem einzelnen Land, in jedem Kreis, in jeder Gemeinde, in jeder einzelnen Berufsschicht klar aufzeigt, es wird ihr nur dann gelingen, wenn sie sich bemüht, täglich und stündlich und überall zu beweisen, daß und warum das herrschende Kolonialregime die Ursachen für den Notstand unseres Volkes darstellt. Und es wird der Partei nur dann gelingen, wenn sie inmitten all dieser Schichten fest verankert und somit in der Lage ist, die bloße Unzufriedenheit umzuwandeln in den Willen und die Fähigkeit, im Interesse des Volkes zu handeln.

Aus dem Parteileben

Lörrach. Am Samstag, den 9. April 1949, 20 Uhr, findet im Gasthaus zur Kranz unsere Hauptmitgliederversammlung für das gesamte Stadtgebiet mit einer wichtigen Tagesordnung statt: Bericht und Stellungnahme zur Solinger Parteikonferenz, Neuwahl des Gesamtvorstandes.

UNSER TAG / VOLKSZEITUNG FÜR BADEN
Redaktion: (17b) Offenburg, Metzgerstraße 1
Tel. 1374. Telegramm-Adresse: Neutag Offenburg
Verantwortlich: H. Jerrentrup
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung nur bei Beifügung von Rückporto
Verlag: Südwest-Verlag eGmbH., (17b) Offenburg
Hauptstraße 115, Postfach 361, Fernruf 2207
Erscheint dienstags, donnerstags und samstags
Bezugspreis monatlich 2.— DM, Postabon. 2.30 DM.

Der Preissenkungs-Schwindel

oder Wirtschaftsminister Lais und die Löhne

Badenweiler. Die drei Wirtschaftsminister der französischen Zone beschlossen, der französischen Militärregierung die Freigabe folgender Waren vorzuschlagen: Spinnstoffe, Waren aller Art, Leder und Schuhe, Papier und Pappe, Holz (außer Nadelrund-, Gruben- und Faserholz), Rohtabak und Tabakwaren, E-Metalle in allen Produktionsstufen, sowie bisher noch bewirtschaftete Chemikalien.

Gleichzeitig damit beschlossen die Wirtschaftsminister vorbehaltlich der Genehmigung der Militärregierung die Freigabe einer Reihe von Preisen. U. a. für alle diejenigen landwirtschaftlichen Produkte, die auch in der Bizone frei sind, für Häute, Felle und Leder, für die holzverarbeitende Industrie, für einige Textilien, für Reifen und zahlreiche Chemikalien.

Eine Freigabe der Bewirtschaftung und Preise der angeführten Waren würde dazu führen, daß die sowieso schon unerträglich hohen Preise unserer Zone auf die Höhe derjenigen der Bizone emporzuklimmen. Unsere Bevölkerung würde dann noch weniger als jetzt in der Lage sein, sich die lebensnotwendigsten Bedarfsgüter zu kaufen. Ganz besonders hart würde sie die Preis-Freigabe bei Lebensmitteln treffen.

Deshalb muß die Bevölkerung, vor allem die Arbeiterschaft und die Gewerkschaften, mit allen Mitteln verhindern, daß diese Beschlüsse der Wirtschaftsminister, die der Bevölkerung zugunsten der Profitsucht der Unternehmer rücksichtslos neue Lasten auferlegen, durchgeführt werden.

Der badische Wirtschaftsminister, Dr. Lais, hat sich selbst entlarvt. Um die Forderungen der Arbeiterschaft nach höheren Löhnen zu beschwichtigen, versprach er immer, für eine Senkung der Preise zu sorgen. Nun sorgt er dafür, daß die Preise in die Höhe schnellen.

Die Antwort auf dieses reaktionäre Vorgehen der Minister kann nur darin bestehen, daß die Gewerkschaften die Werktätigen mobilisieren und mit aller Energie den Kampf um höhere Löhne verstärken.

Stärkung der Gewerkschaften

Lörrach. In der Betriebsrätekonferenz des Kreises Lörrach am vergangenen Donnerstag stand das brennende Problem der Lohn- und Preisgestaltung im Mittelpunkt des Interesses. Ein entwicklungsgeschichtlicher Rückblick des

Suchdienst

GLIECH Louis, am 6. 8. 1911 geb.; am 22. 4. 44 einberufen; 3. Ausb.-Batt. Schubert Altwarz (Pommern), Letzte Adresse G.A.B. 89, II. Kp., Schrimm (Warthegau), Letzte Nachricht vom 7. 11. 1944 R.A.
GOEBER Eugene, am 16. 8. 1914 geb.; am 30. 9. 43 einberufen, Feldpost-Nr. 44 284.
GOTZ Alfred, am 9. 10. 1918 geb.; am 21. 2. 1943 einberufen, I. Schw. Art., Ausb.-Abtl. 59-Mot., Ansbach (Bayern), vermißt bei Klonow am 14. 3. 45.
GOTTRY Nicolas, am 6. 12. 1908 geb.; am 6. 10. 1944 einberufen, Gren.-Schützen-Ausb.-Komp., Gren.-Ersatz- und Ausb.-Batt. 61 in Murnau, Letzte Adresse bei Familie Johann ADE, Peissenberg (Oberbayern), Bachstraße 328.
GRAF Gilbert, am 12. 7. 1918 geb.; am 25. 6. 1943 einberufen.
GRAF Charles, am 14. 12. 23 geb.; zur Wehrmacht einberufen? Keine Nachricht seit Oktober 1944.
GRAF Louis, am 1. 12. 14 geb.; am 22. 4. 44 einberufen, Pz.-Gren.-Ers.-Batt. 5 Stettin, Letzte Adr. Feldpost-Nr. 47 391 B.
GRASSER Otto, am 20. 3. 1914 geb.; am 22. 5. 1943 zur Wehrmacht einberufen.
GREISCHAUER Jean, am 14. 12. 1914 geb.; einberufen am 8. 6. 1943 Pz.-Jg.-Ers.-Batt. 3, Potsdam, Feldpost-Nr. 58 388 B. Vermißt seit 16. 5. 44.
GRESS Louis, am 17. 1. 1922 geb.; am 12. 1. 43 einberufen, Gren.-Ers.-Batt. Willier.
GRIMBICHLER Robert, am 22. 7. 1928 geb.; am 6. 8. 44 einberufen, Feldpost-Nr. 58 343 A in Lublin.
GRID Emilie, am 29. 9. 1910 geb.; zur Wehrmacht einberufen?
GROSHENY Jean, am 4. 4. 1918 geb.; am 24. 6. 1943 zur Wehrmacht einberufen.

Südwestdeutsche Heimat-Umschau

Sonntagsrückfahrten an Ostern
Offenburg. Die Geltungsdauer der Sonntagsrückfahrten wurde zu Ostern 1949 erweitert und zwar:

zur Hinfahrt vom 14. April von 0.00 Uhr bis zum 18. April 24.00 Uhr.
zur Rückfahrt vom 14. April von 0.00 Uhr bis zum 19. April 24.00 Uhr.

Lockerung in der Zugeinschränkung

Freiburg. Ab 1. April verkehren folgende Züge wieder täglich. E 584 Tübingen—Donauessingen—Freiburg, Freiburg an 13.24 Uhr. — E 585 Freiburg—Donauessingen—Tübingen, Freiburg ab 16.20 Uhr. — E 137 Konstanz—Basel—Freiburg, Freiburg an 10.28 Uhr. — E 138 Freiburg—Basel—Konstanz, Freiburg ab 17.50 Uhr. — P 880 Offenburg—Freiburg, Freiburg an 14.36 Uhr. — P 881 Freiburg—Offenburg, Freiburg ab 12.46 Uhr. — P 878 Freiburg—Basel, Freiburg ab 13.30 Uhr. Weiter verkehren täglich bzw. sonntäglich folgende Züge: P 1621 Waldshut—Basel, P 1622 Basel—Waldshut, P 1819 Waldshut—Erzingen, P 740/745 Karlsruhe—Rastatt, P 1410 Offenburg—Konstanz, P 1427 Konstanz—Tübingen, P 1615 Villingen—Offenburg, P 1347 Oppenau—Appenweier, P 736/38 s Karlsruhe—Rastatt, P 970/71 s Karlsruhe—Baden-Baden, P 912 s Karlsruhe—Offenburg, P 996 s Offenburg—Karlsruhe, P 1505 s Freiburg—Elzach, P 1518 s Elzach—Freiburg.

Oelmühlen schließen erst am 30. April

Freiburg. Wie das Bad. Ministerium der Landwirtschaft und Ernährung Abt. Ernährung bekannt gibt, ist der Termin für die Schließung der Oelmühlen bis zum 30. April 1949 verlängert.

Freiburg. Gegen die Beteiligten an den Synagogen-Brandstiftungen und den antisemitischen Ausschreitungen wurden vom Freiburger Schwurgericht am Donnerstagabend Gefängnisstrafen von 14 Tagen bis 12 Monaten ausgesprochen.

Koll. Kappes zeigte auf, daß die unter schwierigsten Verhältnissen im Laufe eines Jahrhunderts von der Arbeiterklasse erkämpften Errungenschaften das Ergebnis des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses sind. Koll. Eiche ging in diesem Zusammenhang auf das Verhältnis der organisierten zu den unorganisierten Arbeitern ein. Jeder Versuch, die heute noch abseits Stehenden durch Zwang zu erfassen, müsse zu einem Fehlschlag und einer weiteren Spaltung führen. Nicht der Zwang, wie vormals bei der DAF, sondern die innere Überzeugung von der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses müsse zur Erfassung der bisher Unorganisierten führen.

Bei der Besprechung der Lohn- und Preisfrage gab Koll. Eiche zu überlegen, daß durch den Fall des Lohnstopps und der damit verbundenen Handlungsfreiheit über Lohnvertrag und Vertragsrecht neue Möglichkeiten geboten sind. Die Kündigung der Tarife und die zu stellenden Lohnforderungen sind damit der gewerkschaftlichen Organisation überlassen. Die Voraussetzung aber für die kommenden Lohnkämpfe bildet eine gestärkte Organisation. Daraus ergibt sich die Aufgabe der Betriebsräte, durch eine ausgedehnte Aufklärungsarbeit, durch Gewerkschafts- und Betriebsversammlungen den Solidaritätsgedanke so zu stärken, daß die Beauftragten bei den Lohnverhandlungen den unbedingten Rückhalt in den Belegschaften besitzen. Von einem Radikalismus kann bei diesen Lohnforderungen schon deshalb nicht die Rede sein, da das allseits anerkannte Mißverhältnis zwischen Lohn und Preis zum Kampf um höhere Löhne zwingt.

Wir fordern unser Recht

Jugendleiter der Offenburger Gewerkschaften und Betriebe beschließen Aktion zur Unterstützung des Jugendarbeitsschutzgesetz-Entwurfes

Nachstehende Entschließung wurde an den Badischen Landtag und alle Parteien gerichtet:

Wir, die Jugendleiter der Gewerkschaften und Jugendvertreter der Betriebe von Offenburg, haben uns eingehend mit dem von den badischen Jugendorganisationen und dem Gewerkschaftsbund verfaßten Entwurf eines neuen fortschrittlichen Gesetzes zum Schutz der arbeitenden Jugend in Baden beschäftigt.

Der Entwurf gewährt der Jugend eine größere Freizeit und einen ausreichenden Urlaub, bessere Arbeitsbedingungen bei Sonntags- und Nacharbeit, Ruhepausen zwischen der Arbeitszeit, das Streikrecht, und endlich das Recht, über die Durchführung des Gesetzes durch Vertreter der Gewerkschaften zu wachen.

Mit diesen Bestimmungen wird der unumschränkten Ausnutzung der werktätigen Jugend ein Riegel vorgeschoben im Interesse des Heranwachsens einer Jugend, deren Leben nicht nur aus Arbeit bestehen darf, sondern die ein Anrecht besitzt, gesund und lebensfroh zu sein.

Wir wenden uns deshalb mit Empörung gegen die Versuche von Unternehmern und ähnlicher Kreise, die aus eigennütigen Motiven gegen den 24-arbeitstägigen Urlaub eingestellt sind und das Streikrecht der Jugend nicht anerkennen wollen.

Wir verlangen, daß der Entwurf in seiner ursprünglichen Fassung Gesetzeskraft erhält und werden unsererseits alles tun, um die Jugend in den Offenburger Betrieben durch Unterschriftensammlung und Betriebsversammlungen für ihre Forderungen zu mobilisieren und hoffen, daß die arbeitende Jugend in ganz Baden unserem Beispiele folgen wird.

Badische Justiz auf Nazipfaden

Unter der Überschrift „Es lohnt sich CDU-Statrat zu sein“ veröffentlichte wir am 7. 10. 48 einen Artikel, in dem wir der berechtigten Empörung der Freiburger Bevölkerung über die Bewilligung von einer halben Million D-Mark durch den Freiburger Statrat für den Bau einer Straßenbahnhalde Ausdruck verliehen und die eigenartige Form der Auftragsvergabe kritisierten. Wir vertraten darin den Standpunkt, daß angesichts der großen Wohnungsnot in Freiburg der Bau von Wohnungen vor allem stehen muß und die Unterbringung der Bevölkerung wichtiger ist, als die Unterbringung von Straßenbahnwagen.

Dieser Artikel ist den Herren von der CDU sehr auf die Nerven gefallen und sie ließen sich dazu hinreißen, gegen UNSER TAG Strafantrag zu stellen. Diesem seiner Zeit von Statrat Dichtel (CDU) gestellten Antrag stimmten die Fraktionen der CDU, SPD und DP geschlossen zu.

In der Zwischenzeit ist es sehr still um diese ganze Angelegenheit geworden. Am 31. März 1949 erhielt nun Statrat Müller (KP.) einen „Strafbefehl“ vom Amtsgericht Freiburg mit dem Ausfertigungsdatum vom 21. März 1949, welchem wir folgendes entnehmen:

„Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wird gegen Alfred Müller, Statrat, eine Geldstrafe von DM 250.— zuzüglich Kosten DM 262.50, im Unbeibringlichkeitsfalle eine Gefängnisstrafe von 25 Tagen festgesetzt. Es wird angeordnet, die Verurteilung auf Kosten

des Schuldigen durch einmaliges Einrücken in die Zeitung „Unser Tag“ öffentlich bekannt zu machen.“

Wenn wir nun dem letzten Satz des „Urteils“ entsprechen, so vor allem deshalb, weil hier ein „Urteil“ gefällt wurde, ohne den „Beklagten“ vorzuladen und zu hören. Eine derartige Rechtspraxis entspricht den Gangstermethoden des Nazisystems. Wir protestieren nicht nur mit aller Entschiedenheit gegen diese Methode, sondern wir verlangen die Annullierung dieses „Urteils“ und die Niederschlagung dieses Ablenkungsverfahrens.

Darüber hinaus verlangen wir, daß die vom Statrat für den Bau der Straßenbahnhalde genehmigten Geldbeträge für den Bau von Wohnungen bereitgestellt werden. Nur eine derartige Entscheidung entspricht den Interessen der Bevölkerung.

Entlassungen bei der WMF

Ulm. Bei der Württembergischen Metallwarenfabrik (WMF) in Geislingen-Steige ist im Anschluß an die im Laufe des März erfolgten ersten Entlassungen von 500 Arbeitern und Angestellten eine neue Liste für weitere 500 Entlassungen aufgestellt worden. Da die WMF der einzige örtliche Großbetrieb ist, stellt die Verringerung ihrer Belegschaft eine besonders einschneidende Maßnahme für die Stadt dar.

30 000 Mark für Nazibeamte, Bettelpfennige für Kinder

Rheinfelden. Während die finanzielle Notlage der Stadt Rheinfelden den Stadtrat nicht hinderte, der Bezahlung von ca. 30 000 DM Wartestandsgehalder an ehemalige Nazibeamte zuzustimmen — gegen die Stimme des KP-Vertreters, — führte eine Bitte der Rheinfelder Geistlichkeit, an bedürftige Konfirmanden und Kommunikanten eine Beihilfe zu gewähren, zu einer längeren Debatte. Der KP-Vertreter, Gen. Ege, unterstützte die Bitte der Geistlichkeit und forderte eine einmalige Beihilfe von 20 DM pro Kind. Dieser Antrag wurde verworfen. Erst ein Antrag der SP, wenigstens 10 DM zu gewähren, wurde angenommen.

Der Beschluß des Stadtrates, ca. 30 000 DM Wartestandsgehalder auszubezahlen, wurde von einer sofort einberufenen Belegschaftsversammlung der Stadtgemeinde mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Belegschaft verlangte, daß weder Wartestandsgehalder bezahlt, noch Wiederentstellungen der Wartestandsbeamten vorgenommen werden und weiterhin eine Wiedergutmachung für zwei Beamte, die durch den Nazismus geschädigt wurden. Die Belegschaft sprach sich außerdem gegen jegliche Entlassungen aus, bevor die Betroffenen nicht anderweitig untergebracht werden können.

Für Nazibeamte ist Geld da. Aber nicht für bedürftige Kinder. Damit Nazibeamte ihr Geld erhalten, nimmt man lieber Entlassungen vor. Ein typisches Beispiel der Kommunalpolitik der CDU und auch der SPD, von deren Stadträten sich 3 beim Antrag der KP der Stimme enthielten.

Ein Jahr Gewerkschaftsbundesschule

Vor wenigen Tagen hat sich der Eröffnungstag der Gewerkschaftsschule des Badischen Gewerkschaftsbundes gefeiert. Ueber 250 Gewerkschaftler haben an den Schulungskursen teilgenommen. Die Lehrvorträge wurden meist von Mitgliedern des Bundesvorstandes gehalten. Die Hauptarbeit leistete aber der Leiter der Schule Dr. Traphagen. Für die Lehrgänge haben sich aber auch Herren der Direktion, Arbeit und anderer Behörden und Verbände zur Verfügung gestellt. Ferner waren teilweise auch einige ältere Gewerkschaftsfunktionäre und Jugendsekretäre aus den anderen Westzonen anwesend. Entschieden zu kurz gekommen bei den Lehrgängen ist bisher das weibliche Element. Nur insgesamt 8 weibliche Interessenten haben in kleineren Gruppen teilgenommen. Dafür soll aber einer der nächsten Lehrgänge ganz für weibliche Kursteilnehmer reserviert bleiben. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß alle Gewerkschaftsmitglieder, also nicht nur die Betriebsratsmitglieder an den Kursen teilnehmen können. Ebensovienig ist die Teilnahme an eine Altersgrenze gebunden.

In Auswirkung des nunmehr gesetzlich gesicherten Mitbestimmungsrechtes der Arbeiterschaft ist in Bezug auf die Lehrgänge eine organisatorische Aenderung eingetreten. Die Zusammenstellung der Teilnehmer derselben wird seit einigen Wochen von den Landesgewerkschaften vorgenommen. Dadurch kann der Unterricht auf die besonderen Belange der einzelnen Berufs- oder Industriegewerkschaften abgestimmt werden. Die Bundesschule konnte den Währungsbruch mit seinen finanziellen Folgen überstehen und ihre Tätigkeit fortsetzen. Besonderen Dank gebührt den Schweizer Gewerkschaften für die regelmäßige Unterstützung mit Lebensmitteln und wertvollen Büchergaben.

Entscheidend aber bleibt für den Erfolg aller Gewerkschaftsarbeit der persönliche Einsatz. So haben sich in den letzten Monaten an verschiedenen Orten Arbeitsgemeinschaften „ehemaliger Rheinfelder“ gebildet, die sich um die Verbreitung und praktische Umsetzung des auf der Bundesschule Gelernten bemühen.

sache dieser umfangreichen Brände werden auf den achtlosen Umgang mit Streichhölzern oder das Wegwerfen von Zigarettenstummeln zurückgeführt.

Malnz. Aus Aerger über ihren Ehegatten, der es unterlassen hatte, sie von der Bahn abzuholen, erstattete eine vierzigjährige Frau Anzeige bei der Kriminalpolizei, sie sei auf dem Nachhauseweg überfallen und vergewaltigt worden. Sie wird sich nun wegen wesentlich falscher Anzeige zu verantworten haben.

Worms. Einige Körnchen Gold wurden in den Mägen zweier geschlachteter Gänse gefunden. Dasselbe dürfte höchstwahrscheinlich aus dem Rheinsande stammen.

Avis aux réfugiés et personnes déplacées.

Chaque mois l'Iro publie les informations officielles concernant l'émigration et le rapatriement des réfugiés et des personnes déplacées, dans le bulletin de l'organisation internationale pour les réfugiés en zone française d'occupation en Allemagne. Les réfugiés désireux de se procurer ce bulletin tiré à 13 000 exemplaires, sont priés de s'adresser aux services régionaux de l'Iro: Hausach (Baden), Ebingen (Württemberg), et Niederlahnstein (Land rheno-palatin).

Mitteilung an alle Flüchtlinge und verschleppte Personen.

Jeden Monat veröffentlicht die Iro offizielle Berichte über die Wiederansiedlung und die Rückkehr der Flüchtlinge und verschleppten Personen im Nachrichtenblatt der internationalen Flüchtlingsorganisation für die französische Besatzungszone in Deutschland. Die an diesem Veröffentlichungsblatt interessierten Flüchtlinge, das in 13 000 Exemplaren herauskommt, werden gebeten, sich an die regionalen Dienststellen der Iro zu wenden, die sich für Baden in Hausach, für Württemberg in Ebingen, und für das Land Rhein-Pfalz in Niederlahnstein befinden.

